

Resolution: „Zu viel ist zu viel“

Geplante Kürzungen von Bundesmitteln für die Landwirtschaft

Im Dezember hat die Bundesregierung ihre Pläne öffentlich gemacht, die Steuerrückstattung für den Agrardiesel sowie die Befreiung landwirtschaftlicher Arbeitsmaschinen von der Kfz-Steuer ab dem Jahr 2024 abzuschaffen. Diese Pläne wurden heute von der Regierung teilweise, aber nicht in Gänze zurückgenommen.

Bei allem Verständnis für notwendige Kürzungen im Bundeshaushalt führen doch konkret diese Maßnahmen, in Verbindung mit der zusätzlichen Erhöhung der CO₂-Bepreisung sowie der Maut, zu einer solch außergewöhnlichen Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, dass sie für die Landwirtschaft in unserem Kreis und in gesamt Deutschland das zu tolerierende Maß deutlich übersteigen.

Die Regierung hatte bei der Vorstellung ihrer Pläne von „Streichung klimaschädlicher Subventionen“ gesprochen. Ganz klar: Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Anteil zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Dies stellt sie seit Jahren durch die Erreichung der gesetzlichen Sektorziele unter Beweis. Die Landwirtschaft produziert heute mehr und belastet das Klima trotzdem deutlich weniger als noch 1990. Von Streichungen beim Agrardiesel wird aber keine Lenkungswirkung in Richtung Klimaschutz ausgehen. Unsere Betriebe sind mangels praxistauglicher Alternativen auf Diesel angewiesen. Der Umstieg auf andere Treibstoffarten ist für diesen Sektor technologisch nicht in Sicht. Klimapolitisch würde der Gesetzgeber also das Gegenteil erreichen: Ein Abbau der heimischen Landwirtschaft führt zwar zu geringeren Treibhausgasemissionen in Deutschland, aber zu höheren Emissionen im Ausland, denn dort fallen die Emissionen zum Beispiel je Kilogramm Fleisch und Milch höher aus als in Deutschland.

Die bisherige Befreiung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitsmaschinen von der Kfz-Steuer ist gut begründet. Unsere Mitglieder bewegen sich mit diesen Maschinen nur in sehr geringem Umfang auf öffentlichen Straßen. Vielmehr sind sie auf den Nutzflächen im Einsatz. In der Konsequenz fehlt hier die Grundlage der Besteuerung.

Die geplanten Mehrbelastungen würde die Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft zu anderen EU-Mitgliedsstaaten erneut verschlechtern: Ein erneuter Schlag ins Gesicht für unsere Bauernfamilien in Zeiten ohnehin schon erheblichen Strukturwandels, stetig wachsender gesellschaftlicher Ansprüche, krisenbedingter wirtschaftlicher Risiken und einer zunehmend irrsinnigen Bürokratie. In der Summe führt all dies zu einer extremen Verunsicherung der Betriebsinhaberinnen und -inhaber!

So haben Landwirte eine veränderte Tierhaltung (Tierwohl) angeboten – eine Gegenfinanzierung erfolgt nicht. Besonders betroffen sind hier unsere Sauenhalter. Die Düngung der Nutzpflanzen wird durch flächendeckende „Rote Gebiete“ ohne jegliche Verursachergerechtigkeit massiv eingeschränkt. Die Verschärfung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung macht in Teilen Ackerbau unmöglich und entwertet damit Eigentum. Verschärfungen im Immissionsrecht führen zu kostenträchtigen Auflagen. Auch bei der steuerlichen Bewertung der Betriebe wurden massive Einschränkungen vorgenommen.

Aktuell hat die Bundesregierung bereits bei der Unterstützung zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 70 Mio. € gekürzt. Die nationalen GAK-Mittel wurden um 300 Mio. € zurückgenommen. Die CO₂-Abgaben fallen wie bei jedem anderen Betrieb auch in der Landwirtschaft an. Dasselbe gilt für die Maut.

Die geplante Kürzung der Agrardieselsteuererstattung und der angedachte Wegfall der Kfz-Steuerfreiheit landwirtschaftlicher Fahrzeuge bringen das Fass zum überlaufen. Zu viel ist zu viel !

Wir dürfen in diesen Tagen auch viel Rückhalt aus anderen Branchen und gesellschaftlichen Gruppen spüren. Gemeinsamer Tenor ist das Entstehen für einen starken ländlichen Raum, für mehr Planungssicherheit und einheitliche EU-Wettbewerbsbedingungen. Wir wollen Kooperation und Angebote statt Verbote und Bürokratismus!

Im Sinne der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in Ihrem Heimatkreis Borken fordern wir Sie hiermit nachdrücklich dazu auf, sich in Ihrer Partei deutlich gegen die geplante Streichung auszusprechen und diese Position auch weiterzutragen.

Dies gilt umso mehr, als dass gerade die Landwirtschaft im Westmünsterland dafür steht, eine verlässliche Versorgung mit heimischen Lebensmitteln zu sichern. In der Konsequenz sollten dann insbesondere die familiengeführten Betriebe in Deutschland geschützt und im internationalen Wettbewerb nicht noch zusätzlich benachteiligt werden.

Als Signal zur Stützung der heimischen Landwirtschaft fordern wir in einem ersten Schritt alle politisch Verantwortlichen auf, sich für die unveränderte Beibehaltung sowohl der Agrardieselerückvergütung wie auch der Kfz-Steuerbefreiung für Land- und Forstwirte einzusetzen!

Der Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes

Vertreten durch seinen Vorsitzenden,

Markus Weiß